

Inhaltsverzeichnis

2-6 DSW-Mitteilungen

- 2 Vonovia: Übernahmekrimi geht in entscheidende Phase
- 3 Wincor vor Übernahme?
- 4 Neues Doppel bei der Commerzbank?
- 4 Experten-Tipp: Doppelbesteuerungsabkommen zwischen USA und Deutschland: Wenn der Postmann zweimal klingelt
- 5 Siemens: Harmonischer Auftakt der neuen HV-Saison
- 5 Argentinien: Löst Präsident Magri den gordischen Knoten?
- 6 HAC-Marktkommentar: Der Wachstumsmotor in China stottert

7 Aktivitäten der Landesverbände

- 7 German Pellets – Unternehmen beruft Gläubigerversammlung ein
- 7 Nobilis Health: Sammelklage eingereicht

8 Konjunkturmonitor

Die Stimmung könnte besser sein

9 Börsenmonitor

Rote Vorzeichen

10 Veranstaltungen

10 Impressum

11 Mitgliedsantrag

Déjà-vu für Mittelstandsanleger



Liebe Leserin, lieber Leser,

vor rund zwei Wochen wurden die Inhaber von Anleihen des Wismarer Holzverarbeiters German Pellets schmerzlich überrascht. Obwohl keinerlei Nachrichten von der Gesellschaft herausgegeben wurden, bewegte sich der Kurs der Anleihen sehr deutlich gegen Süden.

Wenige Tage später verkündete die German Pellets der Öffentlichkeit den Grund für die Turbulenzen. Eine im April zur Fälligkeit anstehende Anleihe soll um zwei Jahre verlängert werden. Würde dies nicht gelingen, müssten rund 52 Millionen Euro an die Anleihegläubiger zurückgezahlt werden. Die Anleger sollen aber nicht nur länger auf die Rückzahlung der Gelder warten, sondern auch Abstriche bei der Verzinsung hinnehmen müssen.

Damit haben wir in diesem Jahr den ersten Fall zu verzeichnen, in dem sich die Refinanzierung einer sogenannten Mittelstandsanleihe problematisch gestalten könnte. Aufgrund der Fälligkeitsprofile vieler Anleihen, die an den Mittelstandsmärkten vor vier bis fünf Jahren emittiert wurden, muss man leider davon ausgehen, dass wir in den nächsten 24 Monaten deutlich öfter auf derartige Nachrichten stoßen werden. Entscheidend ist in jedem derartigen Fälle, dass wir Privatanleger uns nicht einfach unserem Schicksal hingeben und in der vermeintlichen Not allen Veränderungen der Anleihebedingungen zustimmen. Die DSW lässt die betroffenen Anleger dabei nicht alleine im Regen stehen (siehe auch S. 7). Nutzen Sie die Kompetenz unserer Anleihe-Experten. Auch in der Causa German Pellets werden wir, vertreten durch unseren Vizepräsidenten Klaus Nieding, selbstverständlich allen betroffenen Anlegern zur Seite stehen. Dabei wird auch interessant sein, zu klären, wie der Kurs der Anleihen bereits einige Tage vor der offiziellen Verlautbarung der Gesellschaft derart abstürzen konnte. Wer wusste hier was? Und das, bevor die Öffentlichkeit informiert wurde. Gut, dass seit kurzem auch im Freiverkehr eine Ad-hoc-Pflicht besteht. Auch hier müssen Anleger also nun unverzüglich über kursrelevante Tatsachen informiert werden, damit nicht Einzelne auf Kosten der Mehrheit ihr Risiko reduzieren oder weiterreichen können.

Ihr Marc Tüngler



Vonovia: Übernahmekrimi geht in entscheidende Phase

Der aktuelle Übernahmekrimi zwischen Vonovia und der Deutschen Wohnen wird immer spannender und nähert sich seiner entscheidenden Phase. Nun sollen die Aktionäre der Deutschen Wohnen bis zum 09. Februar 2016 darüber befinden, ob sie sich in einer großen Einheit und damit unter dem Dach der Vonovia SE gut aufgehoben fühlen oder doch lieber einen eigenständigen Weg weitergehen.

Sicher zunächst keine einfache Entscheidung. Aufklärung sowie Antworten tun not. Vor allem aber gilt es, emotionale Entscheidungen zu vermeiden.



Dr. A. Stefan Kirsten, Finanzvorstand der Vonovia SE

Um den Deutschen-Wohnen-Aktionären eine weitere Entscheidungshilfe zu geben, haben wir den Finanzvorstand der Vonovia SE, Dr. A. Stefan Kirsten, interviewt und insbesondere die aktuellsten Veränderungen und Ereignisse rund um die Übernahmeschlacht hinterfragt.

Herr Dr Kirsten, Sie sind mit Ihrem Übernahmeangebot für die Deutsche Wohnen auf der Zielgerade – was gibt es noch zu beachten?

Dr. A. Stefan Kirsten: Ja, nur noch bis zum 9. Februar können Aktionäre der Deutschen Wohnen unser Angebot annehmen. Wir wollen die Unternehmen zusammenschließen und so ein noch effizienteres, wertvolleres und dividendenstarkes Unternehmen der Wohnungswirtschaft begründen. Wenn diese Fusion zustande kommt, erhalten Aktionäre der Deutschen Wohnen bereits für 2015 unmittelbar nach unserer Hauptversammlung am 12. Mai 2016 eine um 60 Prozent höhere Dividende, und zwar von umgerechnet 85 Cent je Aktie. Das bedeutet gegenüber der Ankündigung der Deutschen Wohnen eine Steigerung von 60 Prozent. Zudem profitieren alle von der höheren Ertragskraft, denn wir erwarten, dass wir gemeinsam einen um mehr als 27 Prozent höheren FFO1 pro Aktie erzielen können. Ebenso überzeugend: Die von uns erwarteten Synergien summieren sich zu einer Wertsteigerung von 1,9 Milliarden Euro; daran betei-

gen wir die heutigen Aktionäre der Deutschen Wohnen zu 70 Prozent. Ein sehr gutes Geschäft für diejenigen Aktionäre, die unser Angebot annehmen werden.

Warum stimmt der Vorstand der Deutschen Wohnen nicht zu?

Kirsten: Die Deutsche Wohnen bestreitet mit Hinweis auf ihr sehr gutes Berlin-Geschäft, dass ein Zusammenschluss wertsteigernd ist. Wir dagegen glauben, dass das auf Berlin limitierte Geschäftsmodell an seine Grenzen stößt. Dafür spricht auch, dass die Deutsche Wohnen im vorigen Jahr zwei Mal vergeblich und unter hohen Kosten versucht hat, entgegen der bisher dargestellten Strategie, Unternehmen mit Schwerpunkten in Nordrhein-Westfalen und Österreich zu kaufen. Unser Vorschlag der Zusammenlegung kommt dagegen gut an: einschließlich unserer eigenen Position in der Deutschen Wohnen sind sieben der zehn größten Deutsche-Wohnen-Aktionäre bereits jetzt auf unserer Seite. Darunter nicht zuletzt auch der norwegische Staatsfond Norges; als langjährige Kenner des Immobilienmarktes in Berlin und Deutschland investiert Norges langfristig und kann die strategischen Perspektiven beider Unternehmen sehr gut bewerten. Fazit des Staatsfonds: Vonovia und Deutsche Wohnen haben gemeinsam die besseren Wachstumsperspektiven.

Sie haben jüngst die Annahmeschwelle gesenkt - ein Zeichen der Schwäche?

Kirsten: Nein, im Gegenteil: Wir hatten zunächst einen Vorsichtspuffer eingebaut, aber auf unserer Roadshow erfahren, dass wir die erste Annahmeschwelle senken können, weil uns in der Nachfrist weitere Aktien angedient werden. Dieser Schritt löst automatisch eine Fristverlängerung aus. Das Angebot insgesamt bleibt unverändert, wir haben lediglich die Transaktionssicherheit erhöht. Wichtig ist aber: Die Aktionäre der Deutschen Wohnen müssen unser Angebot bis zum 9. Februar annehmen, und nicht, wie von der Deutschen Wohnen fälschlich behauptet, erst in der Nachfrist. Diese entsteht zunächst durch das Erreichen der ersten Annahmeschwelle. Wir haben natürlich auch erfahren, dass die Turbulenzen an der Börse etliche Anleger verunsichert haben. Dennoch stehen wir unverändert zu unserem Angebot.

Die Deutsche Wohnen hat Ihnen jüngst weitere Hindernisse in den Weg gelegt – wie schwierig wird die Übernahme dadurch?

Kirsten: Mit der Ankündigung, sich vorzubehalten, den Inhaber von Wandelanleihen statt Aktien Bargeld zu geben, hat der Deutsche-Wohnen-Vorstand die Inhaber der Wandelan-

leihen sehr verärgert – schließlich war dieser Gruppe erst vor acht Wochen angekündigt worden, dass es Aktien gibt. Das war eine Aktion, die kurzfristig Unsicherheit gebracht hat, um von der Attraktivität unseres Angebots abzulenken. Dennoch haben die Bondholder an den bereits mit uns geschlossenen Tender Agreements festgehalten. Nach eingehender Prüfung ist jetzt klar: Die Barzahlung für Wandelschuldverschreibungen der Deutschen Wohnen ist gar nicht mehr zulässig. Das bedeutet, dass die Tender Commitments für das Erreichen der Mindestannahmeschwelle ausnahmslos zu berücksichtigen sind. Also heißt das im Fazit: An unserem attraktiven Angebot hat sich nichts geändert.

Was sind die nächsten Schritte?

Kirsten: Dem 9. Februar folgt im Erfolgsfalle die übliche Nachfrist von zwei weiteren Wochen. Daher ist die Angebotsannahme bis zum 9. Februar, als dem Ende der ersten Angebotsfrist, auch so wichtig. Danach werden wir beginnen, zügig die Synergien umsetzen, damit Aktionäre und Mieter von den entsprechenden Effizienzgewinnen profitieren können. Unsere Aktionäre wissen aus fünf vorangegangenen Transaktionen, dass wir das sehr gut können. Wer sich bei unserem Börsengang im Sommer 2013 eine Aktie gekauft hat, profitierte von einer Dividendensteigerung von 40 Prozent und einer Kurssteigerung von 77 Prozent.

Wincor vor Übernahme?

Den Plan des US-Geldautomatenherstellers Diebold, den deutschen Rivalen Wincor Nixdorf zu übernehmen, gibt es schon seit dem Sommer. Doch die Einstellung der Wincor-Aktionäre und des Managements zum Kaufangebot des US-Konzerns hat sich gedreht.

Zunächst war es vor allem das Management um Wincor-CEO Eckard Heidoff, der den Plänen der US-Firma für ein Zusammengehen eine klare Absage erteilte. Nur wenige Monate später haben sich die Aussichten für Wincor zwar deutlich verbessert – das Unternehmen hat gerade die Ergebnisprognose erhöht. Das EBITA soll um 78 Prozent auf rund 66 Millionen Euro wachsen, gleichzeitig will Wincor die Nettoverschuldung deutlich senken. Doch zugleich steht das Management dem Zusammenschluss nun offen gegenüber. Kritik kommt jetzt von Aktionären: „Die Kehrtwende in der Argumentation ist für uns nicht überzeugend. Wir müssen die Sinnhaftigkeit eines Zusammenschlusses kritisch hinterfragen“, erläuterte Thomas Hechtfisher, Geschäftsführer der DSW und langjähriger HV-Sprecher bei Wincor, auf der jüngsten Hauptversammlung.

Neues Doppel bei der Commerzbank?

Dass der jahrelange Commerzbank-Vorstandschef Martin Blessing vorzeitig im Oktober seinen Posten räumen will, ist bereits seit längerer Zeit bekannt. Doch offenbar denkt nun auch Aufsichtsratschef Klaus-Peter Müller darüber nach, seinen Vertrag als Chefskontrolleur, der eigentlich noch knapp zwei Jahre laufen sollte, aufzulösen.

Medienberichten zufolge sucht eine Kommission bereits seit einigen Wochen mit Hochdruck nach einem potenziellen Nachfolger für Müller – ebenso wie nach einem neuen Vorstandsvorsitzenden gesucht wird. Die Aufgabe gilt durchaus als herausfordernd. Schließlich hatte das noch amtierende Management das Kreditinstitut in den vergangenen Jahren systematisch zurück in die Erfolgsspur gebracht. Vor weniger als einem Jahrzehnt musste die Commerzbank noch mit staatlicher Hilfe und insgesamt rund 18 Milliarden Euro gerettet werden. Seither hat Blessing konsequent das Geschäft neu ausgerichtet, Sparten aufgebaut oder abgestoßen – je nachdem, wie gut sie zur neuen Konzernstrategie passten. Der Erfolg gibt ihm Recht. Zwar steckt der Staat immer noch mit gut 20 Prozent Anteilen im Frankfurter Institut, doch insgesamt hat die Bank bereits einen Großteil der erhaltenen Hilfen zurückgezahlt und arbeitet auch operativ wieder er-



folgreich. Für das Geschäftsjahr 2015 will die Commerzbank sogar wieder eine Dividende zahlen. Dennoch: Es bleibt noch einiges zu tun – insbesondere die Klärung der Nachfolgeregelung von Martin Blessing. Daher ist Klaus Nieding, Vizepräsident der DSW und langjähriger HV-Sprecher bei der Commerzbank, auch überzeugt, dass der Aufsichtsratschef Müller seinen Platz nicht überstürzt und damit kurzfristig räumen wird: „Müller ist jemand, der das Haus gut bestellt übergibt“, meint er und geht davon aus, dass der Bankens-Kontrolleur erst dann an den eigenen Rückzug denken wird, wenn ein geeigneter neuer CEO gefunden ist.

Experten-Tipp von Jella Benner-Heinacher

Rechtsanwältin und stellvertretende DSW-Hauptgeschäftsführerin

Doppelbesteuerungsabkommen zwischen USA und Deutschland: Wenn der Postmann zweimal klingelt

Frage: In meinem Wertpapierdepot halte ich viele unterschiedliche amerikanische Aktien. Nun habe ich von meiner Depotbank ein Formular zur sogenannten „FATCA-Klassifizierung“ erhalten, das sich nur auf meine US-Aktien bezieht. Könnten Sie mir sagen, was das ist? Raten Sie diese Formulare auszufüllen? Und was bezweckt das Ausfüllen dieser Formulare?

Antwort: Die Banken schicken aktuell in der Tat solche Formulare an ihre Depotkunden. Im Kern geht es dabei um steuerliche Fragen. Der Begriff „FATCA“ steht dabei für „Foreign Account Tax Compliance Act“, ein Gesetz, das bereits am 1. Juli 2014 in Kraft getreten ist. Dieses Gesetz fordert die Finanzinstitute und damit auch Ihre Depotbank dazu auf, alle ihre Kun-

den als US- oder Non-US-Kunden zu klassifizieren und damit den Status für die US-Steuerbehörden zu identifizieren. Wenn Sie also als Bankkunde in Deutschland als eine Nicht-US-Person eingestuft werden, dann wird Ihnen Ihre Bank ein weiteres Formular, die sogenannte „W8-Dokumentation“, zum Ausfüllen zusenden. Mit dem Ausfüllen und Unterschreiben bestätigen Sie, dass Sie Endbegünstigter der Erträge sind und damit berechtigt sind, die Vorteile des Doppelbesteuerungsabkommens zwischen USA und Deutschland in Anspruch zu nehmen. Wichtig ist auch, dass Sie bei gemeinschaftlich geführten Konten, beispielsweise bei Ehegatten für jede Person ein separates Formular ausfüllen. Für darüber hinausgehende Fragen sollten Sie sich an Ihren Steuerberater wenden. Weitere Detailinformationen sind auf der Webseite der US-Steuerbehörde, dem IRS (Internal Revenue Service) in den USA erhältlich: <http://www.irs.gov/Businesses/Corporations/FATCA-Related-Forms>



Siemens: Harmonischer Auftakt der neuen HV-Saison

Die Hauptversammlung des Münchener Industriekonzerns Siemens ist für Aktionäre Jahr für Jahr ein Magnet. Knapp 7.400 Anteilseigner kamen in diesem Jahr ins Veranstaltungszentrum, wo Firmenchef Joe Kaeser eine extrem positive Bilanz über das vergangene Geschäftsjahr halten konnte: „Fulminant“, „Weltklasse“ oder auch „hervorragend“ – so haben die einzelnen Geschäftsfelder abgeschlossen, erläuterte der CEO des Konzerns und hob gleichzeitig die Gewinnprognose für 2016 an. Ein Grund: Mit rund 114 Milliarden Euro seien die Auftragsbücher des Unternehmens so voll wie noch nie.



Es herrschte Harmonie und extrem gute Stimmung auf der Siemens-HV. Und die wurde durch DSW-Sprecherin und bayerische Landesgeschäftsführerin Daniela Bergdolt noch verbessert: „Die Ziele, die Sie uns in Sachen Profitabilität in Aussicht stellen, klingen in unseren Ohren wie pure Musik!“ Mit anderen Worten: In diesem Jahr gab es bei der HV des Industriegüterkonzerns, die traditionell als eine der ersten der neuen Saison stattfindet, wenig bis gar nichts zu kritisieren.

Doch damit dürfte der Münchener Weltkonzern in diesem Jahr eine Ausnahmeerscheinung bleiben. Denn insgesamt rechnen die Experten der DSW damit, dass der Grundton auf den vielen hundert Hauptversammlungen, die die Sprecher der Schutzvereinigung Jahr für Jahr quer durch die Republik

besuchen, tendenziell kritischer wird als im vergangenen Jahr. „Ein Grund dafür ist, dass viele Unternehmen ihre Prognosen im vergangenen Geschäftsjahr kassiert haben. Das kommt bei Investoren überhaupt nicht gut an“, erläutert DSW-Hauptgeschäftsführer Marc Tüngler.

In vielen Fällen sind aber nicht die allgemeine konjunkturelle Lage und die steigenden Unsicherheiten im Markt etwa aufgrund der „China-Abkühlung“ für sinkende Zahlen und damit schlechte Laune der Aktionäre verantwortlich, sondern hausgemachte Sondersituationen. Beispiel Deutsche Bank: Das Unternehmen hat im vergangenen Jahr einen ungeplanten Führungswechsel hinter sich und präsentierte den Investoren zuletzt miserable Geschäftszahlen. Das Minus ist so hoch wie noch nie – besonders heikel daran: Hauptverursacher der roten Zahlen sind Rückstellungen für juristische Risiken, sprich Prozesskosten für gerichtliche Auseinandersetzungen, die es im Zusammenhang mit der Bank aktuell zuhauf gibt. Man kann sich an zwei Fingern ausmalen, dass die Deutsche-Bank-HV alles andere als harmonisch werden wird.

Auch andere Sonderentwicklungen werden Thema der Aktionärsversammlungen sein, beispielsweise der überraschende Wechsel des bisherigen Henkel-CEO Kaspar Rorsted an die Spitze des Sportartikelherstellers Adidas.

Eine ganz andere Art von „besonderer“ Hauptversammlung erleben die Aktionäre des Kunststoffspezialisten Balda. Sie entscheiden in diesen Tagen bereits zum zweiten Mal, an wen sie ihr Unternehmen eigentlich verkaufen wollen. Im vergangenen Jahr hatte sich ein regelrechtes Bietergefecht entwickelt. Und nachdem sich die Aktionäre auf einer außerordentlichen Hauptversammlung im Herbst 2015 bereits für eine Offerte des deutschen Mittelständler H+T entschieden hatten, müssen sie nun darüber rasonieren, ob ihnen das Angebot der italienischen Stevenato-Gruppe, die statt 74 nun 80 Millionen Euro bietet, lieber ist.

Das alles deutet an, was Aktionäre in diesem Jahr erwartet, nämlich: „Eine spannende und bunt gemischte HV-Saison“, so Tüngler.

Argentinien: Löst Präsident Magri den gordischen Knoten?

In den festgefahrenen Schuldenstreit zwischen dem südamerikanischen Staat Argentinien und Gläubigerfonds in den USA kommt möglicherweise Bewegung. Das könnte auch für Privatanleger, die zurzeit einmal mehr auf die Überweisung ihrer Zinsen warten, einen positiven Effekt haben.

Mauricio Magri, der frisch gewählte neue Präsident des Landes, hat bereits kurz nach der Wahl angekündigt, den seit Jahren schwelenden Konflikt mit den US-Fonds vorrangig behandeln zu wollen.

Schon in wenigen Tagen soll es soweit sein: dann will Argentiniens neue Regierung den Gläubigerfonds, mit denen man gerichtlich im Clinch lag, einen Vorschlag zur Beilegung des Schuldenstreits machen. „Wir werden einen neuen Termin vorschlagen, an dem wir uns alle zusammensetzen und den Vorschlag diskutieren können“, so Argentiniens Finanz-Staatssekretär Luis Caputo.

Diese neue Bewegung könnte auch für private Anleihegläubiger in Deutschland sehr interessant sein. „Die Situation war zuletzt wirklich extrem festgefahren. Die klagenden Hedgefonds in den USA hatten mit Hilfe eines Gerichtsentscheids die Zahlstelle lahmgelegt. Bittere Konsequenz für Anleger: Auf Zinsen warteten sie vergeblich. Die Zahlungen fielen beispielsweise beim Parbonds bereits zum dritten Mal aus“, erläutert Thomas Hechtfisher, Geschäftsführer der DSW und Experte in Sachen Argentinien. Die neue Regierung könnte das nun ändern: „Wir begrüßen diese Initiative und sind gespannt, wie das Angebot aussieht“, so Hechtfisher.

Seit fünf Jahren tobt der erbitterte Schuldenstreit nun schon. Im Kern geht es um die Modalitäten für die Rückzahlung alter Anleiheschulden, die noch aus dem Jahr 2001 stammen. Doch letztlich scheiterten die Verhandlungen zwischen den Staatsvertretern und den Hedgefonds-Managern. Das Land geriet dadurch erneut in die Zahlungsunfähigkeit. Im Streit mit den Hedgefonds hatten US-Gerichte verfügt, dass andere Anleihegläubiger nicht bedient werden dürfen, so lange die 1,5 Milliarden Euro schweren Forderungen der Fonds nicht erfüllt sind.

Argentinien blieb bisher stur, doch nun strebt man offenbar mit Hochdruck eine Beilegung des Schuldenstreits an, damit das Land an die internationalen Kreditmärkte zurückkehren und so sein Staatsdefizit refinanzieren kann. Finanzminister Alfonso Prat-Gay erwartet harte Verhandlungen, „aber eine Einigung ist im Interesse unseres Landes. Es ist zwar nicht unser Schlamassel, aber wir haben kein Problem, es aufzuräumen“, erläuterte der neue Finanzminister mit Blick auf das Vermächtnis der Vorgängerregierung. Die Summe, um die es geht, ist gewaltig: Der neue Finanzminister hat vorgerechnet, dass insgesamt noch rund 9,88 Milliarden Dollar an Forderungen im Raum stehen.

HAC-Marktkommentar: Der Wachstumsmotor in China stottert

Liebe DSW-Mitglieder,

in den ersten zwei Wochen des neuen Jahres kam es zu deutlichen Kursverlusten an den internationalen Aktienmärkten. Neben dem Absturz des Ölpreises und den geopolitischen Spannungen bereitete vor allem die Konjunkturerwicklung in China Sorgen. Der Caixin Einkaufsmanagerindex für das verarbeitende Gewerbe sank zu Jahresbeginn auf einen Wert von 48,2 Punkten. Ein Wert unter 50 Punkten deutet auf eine trübe Stimmung bei den chinesischen Unternehmen hin. Auch ein Blick auf die Handelsstatistik zeigt, dass die Konjunktur des Landes schwächelt.

Davon betroffen sind vor allem die Rohstoffexporteure in Australien und Südafrika, aber auch die Importe europäischer Waren in die Volksrepublik gehen zurück. Diese Entwicklung ist nicht neu, sie war vielmehr auch schon im vergangenen Jahr zu spüren. Vor allem die deutschen Unternehmen konnten diesen Einbruch gut kompensieren, indem Waren verstärkt innerhalb der Europäischen Union und in die USA verkauft werden konnten. Der Anteil Chinas am Welt-BIP liegt nach Zahlen des IWF bei 13,4 Prozent, mit steigender Tendenz. China ist und bleibt also ein wichtiger Player für das Wachstum der Weltwirtschaft. Umso wichtiger ist es, dass der Umbau der chinesischen Wirtschaft gut voran kommt.

Aller Voraussicht nach wird China im ersten Halbjahr ein Unruheherd bleiben. Denn der politisch forcierte Wandlungsprozess des Landes, weg von einem exportbasierten und rohstofflastigen Wirtschaftssystem und hin zu einem binnenorientierten und auf Dienstleistungen setzenden Modell schreitet voran.

Dies schafft Unsicherheiten und Verwerfungen. Die Regierung hat allerdings geld- und fiskalpolitische Maßnahmen, wie zum Beispiel eine Schwächung der eigenen Währung, Zinssenkungen, eine Lockerung der Kreditvergabe und eine Öffnung des Immobilienmarktes für Ausländer beschlossen, die sich im Laufe dieses Jahres positiv auswirken sollten. Der niedrige Ölpreis kommt dem Land als Rohölimporteur ebenfalls zugute.

Ihr
 Wolfram Neubrandner
 Hanseatischer Anleger-Club (HAC)

Weitere Informationen zum Hanseatischen Anleger-Club finden Sie unter www.hac.de.

German Pellets – Unternehmen beruft Gläubigerversammlung ein

Lange schwieg die German Pellets GmbH hartnäckig zu den Gründen der dramatischen Kursverluste der im Markt befindlichen Anleihen des Unternehmens. Jetzt wurde per Presseveröffentlichung die Einberufung einer Gläubigerversammlung für die Anleihegläubiger der Anleihe 2011/2016 (ISIN: DE 000A1H3J6/WKN: A1H3J6) für den 10. Februar angekündigt.

Aus der Meldung geht hervor, dass die Gesellschaft den Anleihegläubigern anbieten möchte, die Laufzeit der Anleihe um 2 Jahre bis zum 31. März 2018 zu verlängern. Für den Zeitraum der Verlängerung der Laufzeit soll der Zinssatz auf 5,25 Prozent gesenkt werden. Darüber hinaus soll die Anleihe mit 50 Prozent der Gesellschaftsanteile an der German Pellets GmbH besichert werden. Die Zinszahlung zum 1. April 2016 soll regulär erfolgen.

„Ob sich aus der Besicherung der Anleihe mit Gesellschaftsanteilen der German Pellets GmbH tatsächlich eine werthaltige Besserstellung der Anleihegläubiger ergibt, welche die Zinseinbuße und das Laufzeitrisiko kompensieren, ist zumindest fraglich“, beurteilt Klaus Nieding, Vizepräsident der DSW, den Vorschlag des Unternehmens. Die Gesellschaftsanteile wären im schlimmsten Falle einer Insolvenz des Unternehmens nämlich nur dann werthaltig, wenn sämtliche Gläubigerforderungen vollständig bedient und darüber hinaus noch weitere Vermögenswerte vorhanden wären, so Nieding. „Das sind eine ganze Reihe unbekannter Faktoren, wenn man bedenkt, dass neben der Anleihe 2011/2016 noch weitere Anleihen mit einem Gesamtvolumen von 172 Millionen Euro zur Rückzahlung in 2018 bzw. 2019 ausstehen, welche mit jährlich 7,25 Prozent verzinst werden“, sagt Nieding. Die Gesamtverpflichtung der Gesellschaft aus den drei begebenen Anleihen beläuft sich nach Angaben von German Pellets aktuell noch auf 224 Millionen Euro. Grundsätzlich spreche aber nichts gegen eine Restrukturierung, meint Nieding. „Allerdings müssen die Parameter stimmen und die Nachhaltigkeit für die Gläubiger gegeben sein. Wir werden das vorgeschlagene Restrukturierungskonzept in den einzelnen Punkten in der Gläubigerversammlung beharrlich hinterfragen, da eine nicht werthaltige Besicherung für die Anleihegläubiger keinen Vorteil hat“, sagt Nieding.

Betroffene Anleger können sich kostenlos unter recht@niedingbarth.de registrieren, um sich über die weiteren Entwicklungen zu informieren.

Für betroffene Anleihegläubigern, die nicht selbst an der Anleihegläubigerversammlung am 10. Februar teilnehmen können, besteht die Möglichkeit, sich dort vertreten zu lassen. Die für eine Vertretung erforderliche Vollmacht wird als Formular auf der Internetseite www.niedingbarth.de veröffentlicht.

Nobilis Health: Sammelklage eingereicht

In Kooperation mit der Kanzlei von Andrew Morganti, US-Rechtsanwalt und DSW-Experte für Kapitalmarktfragen in Kanada, bietet sich deutschen Aktionären über die DSW die Möglichkeit, an Sammelklagen in Kanada teilzunehmen. Über die Voraussetzungen und laufende Verfahren wurde an dieser Stelle bereits mehrfach berichtet.

Nun wurde eine Sammelklage gegen die amerikanische Nobilis Health Corp. eingereicht, die Schadensersatz im Namen aller Aktionäre fordert, welche innerhalb der sogenannten Class Period vom 23. März 2015 bis einschließlich 09. Oktober 2015 Aktien der Gesellschaft an der Börse Frankfurt oder der Toronto Stock Exchange erworben haben und diese bis zum Ende der Class Period hielten. Nobilis Health ist in der Entwicklung und dem Management von ambulanten Versorgungszentren und Akuteinrichtungen in den USA tätig. Am 5. Januar 2016 hatte Nobilis Health bekannt gegeben, dass es den zuvor veröffentlichten Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2014 sowie die Quartalsberichte für das erste und zweite Quartal 2015 berichtigen werden müsse. Das Unternehmen gab darüber hinaus bekannt, dass das im Oktober 2015 bei der US-Börsenaufsicht eingereichte Registration Statement für Investoren keine gültige Entscheidungsgrundlage mehr darstellen solle. Der Kläger wirft dem Unternehmen nun vor, dass die Bilanzierung zweier von Nobilis Health getätigten Akquisitionen in den betroffenen Finanzberichten fehlerhaft gewesen sei. Dies habe zu einer Überbewertung der Geschäfts- oder Firmenwerte der Akquisitionen sowie einer irreführenden Darstellung von Umsatz, Aufwendungen und allgemeiner Geschäftstätigkeit des Unternehmens geführt. Die DSW wird über den Fortgang des Verfahrens regelmäßig berichten. Für Aktionäre von Nobilis Health wird es vor allem dann interessant, wenn ein Vergleich erreicht werden kann. Wer Interesse am Fortgang dieses Verfahrens hat, kann sich bei der DSW (kostenlos) registrieren lassen.

Für weitere Informationen steht Ihnen Frederik Beckendorff zur Verfügung.

Sie erreichen Herrn Beckendorff unter:
 Tel: (02 11) 66 97 38
frederik.beckendorff@dsw-info.de

In eigener Sache

Wie uns mitgeteilt wurde, haben verschiedene Empfänger unseres DSW-Newsletters im Januar versehentlich Zugangsdaten für die epaper-Ausgabe von Focus Money erhalten. Sofern auch Sie eine solche Nachricht erhalten haben, bitten wir, dieses Versehen zu entschuldigen.



Die Stimmung könnte besser sein

Kein guter Start ins neue Jahr: Zahlreiche im Januar veröffentlichte Konjunkturindikatoren verfehlten die Erwartungen des Marktes. Aber es gibt auch positive Überraschungen.

An sich sollte der nach wie vor sehr niedrige Ölpreis wie ein Konjunkturpaket wirken – zumindest für jene Staaten, die Öl importieren. Auf der anderen Seite wird aber auch befürchtet, dass sich der Ölpreis nur aufgrund der nachlassenden Wirtschaftsdynamik und der damit einhergehenden schwachen Nachfrage auf einem solch niedrigen Niveau bewegt. Das verunsichert Investoren und Unternehmen gleichermaßen. Dass die Stimmung in der Industrie ein wenig angeschlagen ist, signalisiert beispielsweise der Einkaufsmanagerindex (PMI) für das Verarbeitende Gewerbe der Eurozone. Zwar bewegt sich das Barometer im Januar mit einem Stand von 52,3 Zählern immer noch oberhalb der Wachstumsschwelle von 50 Punkten. Im Vergleich zum Vormonat gab der Index aber um 0,9 Punkte nach. Das Pendant für den Dienstleistungssektor sank einer ersten Schätzung ebenfalls – und zwar von 54,2 auf 53,6 Zähler. Passend dazu entwickelte sich auch das Wirtschaftsvertrauen im Euroraum. So schrumpfte der monatlich von der Europäischen Kommission erhobene Economic-Sentiment-Indikator im Januar um 1,7 auf 105,0 Punkte.

Deutscher Arbeitsmarkt besser als erwartet

Bergab ging es im Januar auch mit dem Ifo-Geschäftsklimaindex. Im Vergleich zum Vormonat ging das wohl wichtigste deutsche Stimmungsbarometer von 108,7 auf 107,3 Punkte zurück. Dass daher auch der ZEW-Index für die Konjunkturerwartungen in Deutschland nachgab, überrascht nicht wirklich. Mit einem Rückgang von 16,1 auf 10,2 Saldenpunkte fiel das Minus aber recht überschaubar aus. Positiv überraschen kann hingegen die Entwicklung am deutschen Arbeitsmarkt. So schrumpfte die Arbeitslosenquote im Januar von 6,3 auf 6,2 Prozent; dies ist der niedrigste Stand

seit der Wiedervereinigung. Die gute Stimmung am Arbeitsmarkt kommt auch bei Konsumenten gut an. So verharrt der GfK-Konsumklimaindex für den Monat Februar unverändert bei 9,4 Punkten – und somit auf einem höheren Stand als vom Markt erwartet. Die heimischen Verbraucher haben auch das deutsche Wirtschaftswachstum in 2015 beflügelt. Laut einer ersten Schätzung des Statistischen Bundesamts stieg das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im vergangenen Jahr um 1,7 Prozent, wobei sich der private Konsum mit einem Plus von 1,9 Prozent als eine wesentliche Konjunkturstütze präsentierte.

Die Einkaufslaune der US-Verbraucher ließ hingegen zuletzt zu wünschen übrig. Gegenüber dem Vormonat schrumpften die Einzelhandelsumsätze im Dezember um 0,1 Prozent. Und dies, obwohl der US-Arbeitsmarkt im Dezember auf Hochtouren lief. So wurden im letzten Monat 2015 rund 292.000 zusätzliche Stellen geschaffen, während Experten vorab einen Zuwachs von lediglich 200.000 erwartet hatten.

Japanische Notenbank lockert Geldpolitik

Für einen Paukenschlag sorgte zuletzt die japanische Notenbank. Um die Konjunktur und Inflation anzukurbeln, hat die Bank of Japan Ende Januar einen Strafzins für Banken, die Geld bei der Notenbank parken, eingeführt. Der entsprechende Zinssatz wurde von 0,1 Prozent auf minus 0,1 Prozent gesenkt.

Damoklesschwert China

Für die größte Unruhe und Unsicherheit sorgt weiterhin die weltweit zweitgrößte Volkswirtschaft China. Sowohl die Einzelhandelsumsätze als auch das BIP-Wachstum verfehlten zuletzt die Erwartungen. Auch der jüngst veröffentlichte Einkaufsmanagerindex für Chinas Industrieunternehmen entwickelte sich im Januar mit einem Rückgang von 49,7 auf 49,4 Zählern schlechter als erwartet.



Rote Vorzeichen

Rauf, runter, rauf – die Achterbahnfahrt an den Börsen bescherte Anlegern im Januar teils kräftige Verluste. Vergleichsweise gut müsste die Stimmung bei Investoren sein, die den vermeintlich sicheren Goldhafen angesteuert haben.

Die Turbulenzen an den internationalen Kapitalmärkten halten an. Nachdem die Aktien-, Rohstoff-, Währungs- und Anleihekurse einen äußerst volatilen Start ins neue Jahr hingelegt haben, hielten die Schwankungen den gesamten Januar an. Vor allem die unsichere wirtschaftliche Entwicklung in China, der kräftig unter Druck geratene Ölpreis, die gestiegenen geopolitischen Risiken sowie die ungewisse Geldpolitik der großen Notenbanken verunsichern derzeit viele Anleger.

Mit großer Sorge beobachten Investoren derzeit insbesondere die Lage in China. Zahlreiche zuletzt schlechter als erwartete Konjunkturindikatoren nähren die Befürchtung, dass die Wachstumsschwäche im Reich der Mitte noch eine ganze Weile anhalten könnte. Nicht von ungefähr hat daher der Hang Seng Index in den vergangenen vier Wochen besonders kräftig gelitten; um über 8 Prozent verlor der Aktienindex an Wert.

DAX unter Druck

Auch der DAX geriet auf Monatssicht unter Druck, wengleich das Minus von gut 5 Prozent nicht ganz so hoch ausfällt wie beim Hang Seng. Dennoch: Mit einem Stand von gut 9.600 Punkten hat sich der heimische Leitindex mittlerweile recht weit von der psychologisch wichtigen 10.000-Punkte-Marke entfernt. Während der TecDAX und der SDAX ebenfalls um über 5 Prozent gen Süden marschierten, verlor der 50 Werte umfassende MDAX „nur“ knapp 4 Prozent an Wert. Ähnlich düster sieht es jenseits des Atlantiks aus. So verbilligten sich

der US-amerikanische Dow Jones um etwa 4 Prozent und der Technologie-Index Nasdaq 100 gar um über 6 Prozent.

Der FTSE 100 präsentierte sich im Monatsverlauf vergleichsweise robust; um lediglich rund 0,5 Prozent gab der britische Leitindex nach. Ein möglicher Grund: Medienberichten zufolge hat EU-Ratspräsident Donald Tusk ein Reformpaket präsentiert, um einen EU-Austritt Großbritanniens zu verhindern. Spätestens bis Ende 2017 werden die Briten in einer Volksabstimmung über den Verbleib in der EU abstimmen.

Starker Euro

Erstaunlich wacker schlägt sich auf der Euro. Im Vergleich zum Vormonat wertete die europäische Gemeinschaftswährung zu fast allen anderen wichtigen Währung auf, auch zum US-Dollar. Viele Experten hatten erwartet, dass der Euro wegen der extrem lockeren Geldpolitik der Europäischen Zentralbank auf der einen Seite und der Zinserhöhung der US-Notenbank Fed Ende 2015 auf der anderen Seite vor allem im Vergleich zum US-Dollar weiter abwerten würde.

Der Ölpreis erholte sich zwar Ende Januar wieder ein wenig. In den vergangenen Tagen gab er aber wieder kräftig nach – und zwar so sehr, dass der Kurs der Nordseesorte Brent auf Monatszeit um über 4 Prozent sank. Problematisch ist vor allem, dass nach wie vor mehr Öl gefördert wird als derzeit nachgefragt.

Glänzende Performance

Gold, das seinem Ruf als Krisenmetall in den vergangenen Jahren nicht mehr gerecht geworden ist, erlebt aktuell eine Renaissance. Seit Jahresbeginn kletterte der Kurs des Edelmetalls bereits um über 6 Prozent. Im Fahrwasser der Goldpreiserholung legte auch der Silberpreis um fast 4 Prozent an Wert zu.

Veranstaltungen

Aktien- und Anlegerforen

Im Rahmen unserer **kostenfreien und für jedermann zugänglichen** Aktien- und Anlegerforen präsentieren sich deutsche und internationale Publikumsgesellschaften. So können sich auch Privatanleger aus Quellen informieren, die sonst nur institutionellen Investoren und Analysten eröffnet sind - so z.B. der unmittelbaren Diskussion mit dem Management. Alle Aktienforen beginnen jeweils um 18:30 Uhr und enden um ca. 21:00 Uhr.

Anmeldungen für alle Aktienforen bitte an:
seminare@dsw-info.de

➤ Veranstaltungsübersicht



Die ersten Anlegerforen finden ab April 2016 statt.

Die Veranstaltungsübersicht finden Sie unter www.dsw-info.de.

Impressum

DSW – Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V.

Peter-Müller-Str. 14 40468 Düsseldorf
 Tel.: 0211-6697-02 Fax: 0211-6697-60
 E-Mail: dsw@dsw-info.de www.dsw-info.de

GESCHÄFTSFÜHRUNG:

Marc Tüngler (Hauptgeschäftsführer), Jella Benner-Heinacher (stv. Hauptgeschäftsführerin), Thomas Hechtfischer (Geschäftsführer)

Vereinsregister, Registergericht Düsseldorf - Registernummer VR 3994

REDAKTION:

Christiane Hölz (DSW e. V.)
 Franz von den Driesch (newskontor GmbH)

Alle im DSW-Newsletter publizierten Informationen werden von der Redaktion gewissenhaft recherchiert. Für die Richtigkeit sowie für die Vollständigkeit kann die Redaktion dennoch keine Gewähr übernehmen.

WERBUNG:

DSW Service GmbH - Peter-Müller-Str. 14 - 40468 Düsseldorf

GESCHÄFTSFÜHRUNG:

Thomas Hechtfischer, Marc Tüngler

ANSPRECHPARTNER:

Christiane Hölz, 0211-6697-15; christiane.hoelz@dsw-info.de
 Handelsregister, Amtsgericht Düsseldorf unter HR B 880
 Steuer-Nr. 105/5809/0389; USt-ID-Nr. 119360964

TECHNISCHE UMSETZUNG:

Zellwerk GmbH & Co. KG

BILDNACHWEIS:

Seite 1 und 4: Matthias Sandmann; Seite 4: © Brian Eberle - Fotolia.com; Seite 5: © kasto - Fotolia.com; Seite 1-7 & 10: © H-J Paulsen - Fotolia.com; Seite 8 © EvrinKalinbacak - Fotolia.com; Seite 9: © Petrus Bodenstaff - Fotolia.com; Seite 10 © gena96 - Fotolia.com

1947 gegründet

1 Zentrale und 8 Landesverbände

Mehr als 25 000 Mitglieder

Dachverband der 7000 deutschen Investmentclubs

52-mal pro Jahr kostenlos das Wirtschaftsmagazin FOCUS-MONEY

Über 100 Seminare p. a. speziell für Anleger

Interessenvertretung auf über 650 Hauptversammlungen

Griechenland-Arbeitsgemeinschaft

Unabhängige und interessenfreie Informationen über Ihre Anlagen

Analyse und kritische Bewertung der Management-Aktivitäten

Kostenlose außergerichtliche Erstberatung der DSW-Mitglieder



Nutzen Sie die Kompetenz von FOCUS-MONEY

Sie wollen detaillierte Hintergrundinformationen und seriöse Anlagetipps? DSW-Mitglieder erhalten FOCUS-MONEY, Deutschlands modernes Wirtschaftsmagazin, im kostenlosen Abonnement wöchentlich frei Haus.

DSW
 Die Anlegerschützer

Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V.



JA! Ich möchte DSW-Mitglied werden

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

 Den Jahresbeitrag in Höhe von €125,00 zahle ich per Rechnung bequem durch Bankeinzug

Bank

Kontonummer

BLZ

Coupon bitte vollständig ausfüllen und unterschreiben.

Per Post senden an:

 DSW –
 Deutsche Schutzvereinigung
 für Wertpapierbesitz e. V.
 Postfach 350163
 40443 Düsseldorf
 Telefon: 02 11/66 97 01 oder 02 11/66 97 22
 Telefax: 02 11/66 97 60
 Internet: www.dsw-info.de
 E-Mail: dsw@dsw-info.de